

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

VIERUNDZWANZIGSTER BAND
1993 – 1994

VERLAG LAMBERT SCHNEIDER · GERLINGEN

HERBERT GIERSCH

THESEN ZUM THEMA
WISSENSCHAFTLER IN DER WIRTSCHAFTS-
POLITISCHEN VERANTWORTUNG

1. Wirtschaftswissenschaftler tragen eine fachspezifische Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit, soweit man auf sie hört. Sie beeinflussen – möglicherweise –

- (i) das Verhalten der Wirtschaftssubjekte, also der Unternehmen und der Haushalte, und
- (ii) die wirtschaftspolitische Willensbildung, vor allem in internationalen Organisationen und staatlichen Instanzen, in Parteien und Interessenverbänden, einschließlich der Tarifvertragsparteien, in großen Unternehmen und in der breiten Öffentlichkeit.

2. Wirtschaftswissenschaftler äußern sich als berufene Mitglieder von Beratungsgremien mit freier Themenwahl oder speziellem Auftrag, als Gutachter in konkreten Sachfragen oder als Staatsbürger im Rahmen eines selbst gewählten Rollenverständnisses.

3. Das Rollenverständnis, das ich mir zu eigen gemacht habe, ist nicht das eines distanziereten Beobachters – im Gegenteil. Es wurde geprägt durch das Kindheitserlebnis der Weltwirtschaftskrise und die Beobachtung, daß sich die Betroffenen vielfach den radikalen

Parteien zuwandten. Warum, so stellte sich mir die Frage, haben die deutschen Nationalökonomien die schwere Depression der frühen dreißiger Jahre nicht vorhergesehen, nicht verhüten können, nicht in den Anfängen zu bekämpfen gewußt? Diese Alptraum-Frage hat nicht nur mein Studienziel bestimmt; sie führte mich auch zu der Überzeugung, daß aus der Freiheit zum Wissenserwerb eine besondere Verantwortung erwächst: Wo Wissen verfügbar und nützlich ist, ist Unwissenheit verwerflich; wo Unheil droht, ist Schweigen schädlich; und wo sich Schlimmeres verhüten läßt, ist Gelassenheit keine Tugend.

4. Am eigenen Verhalten beobachte ich, was dies bedeuten kann: Man ist auf kurze Sicht ein Pessimist und zum Ausgleich dafür ein Langfrist-Optimist. In der Rezession plagt mich die Angst vor einer sekundären Deflation, die sich zur Depression vertiefen kann. Da drängt es mich zum Aktionismus, auch im Blick auf das Geldangebot und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Doch während Keynes argumentierte, auf lange Sicht seien wir alle tot, beruht der Langfrist-Optimismus, der mir berechtigt erscheint, auf der begründeten Vermutung, daß wir aus Fehlern lernen und deshalb – und überhaupt – künftig allesamt viel mehr wissen werden, als es heute der Fall ist. Manche mögen solchen Langfrist-Optimismus leichtfertig nennen, aber er läßt sich auch mit Erfahrungen in marktwirtschaftlichen Ordnungen rechtfertigen. Wo es viele kleine Krisen gibt, ist die große Krise nicht so sehr zu befürchten.

5. Der Kurzfrist-Pessimist, der an seiner Verantwortung trägt, möchte sich, wenn Gefahr im Verzuge ist, auch deshalb warnend zu Wort melden, damit er vor sich und anderen später ein Alibi hat. Dies gilt nicht nur für den erwähnten Rezessionsfall, sondern auch für die Inflationsgefahr. Aber soll man schlafende Hunde wecken? Darf man der Politik in die Arme fallen, wenn sie – wie im Falle der deutschen Vereinigung – einen historischen Prozeß bewältigt, aber diesen zugleich mit einer unglaublich hohen Hypothek belastet, sei es durch einen politisch bedingten Wechselkurs bei der Währungsumstellung, sei es durch eine gigantische Kapitalvernichtung in den

neuen Ländern, sei es durch eine extreme Zunahme der Staatsverschuldung für konsumtive Zwecke?

6. Viele Fragen grundsätzlicher und praktischer Art tauchen auf, wenn sich der Wirtschaftswissenschaftler seiner Verantwortung bewußt wird: Wie laut soll gerufen, wie eindringlich gewarnt, wie sehr dramatisiert werden? Wo beginnt die unverantwortliche Panikmache? Wieviel davon verträgt die eigene Glaubwürdigkeit in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit? Darf man die Zweifel unterdrücken, die man an der Richtigkeit der eigenen Diagnose und der Therapievorschläge hegt? Wo beginnt die Gefahr der »self-fulfilling prophecy«? Darf man verantwortliche Politiker stören, wenn sie sich auf »Gesundbeten« und »Seelenmassage« (moral suasion) konzentrieren? Oder muß man sie dabei unterstützen, auch wenn man diese Therapie für Scharlatanerie hält? Ist es zulässig, einer Wirtschaftspolitik in die Parade zu fahren, die auf der Ausbeutung von Geldillusion beruht (»lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit«). Muß man schweigen, wenn Politiker die Kritik des Marktes (etwa an falsch fixierten oder falsch gewordenen Wechselkursen) als »Spekulation« denunzieren oder wider besseres Wissen oder besseren Rat verkünden, es werde eine Anpassung des Wechselkurses nicht (1969: nie!) geben? Was ist zu tun, wenn die Geschichte eine Aufgabe stellt, die praktisch unlösbar ist, zum Beispiel die Beantwortung der Frage, in welcher Reihenfolge und in welchem Tempo die vielen Reformschritte auf dem Weg vom realen Sozialismus zur funktionsfähigen Marktwirtschaft in diesem oder jenem konkreten Fall am besten gegangen werden sollten? Was spricht grundsätzlich für Gradualismus, was für einen waghalsigen Sprung über den Abgrund?

7. Viele dieser Fragen sind auch deshalb moralisch von Gewicht, weil die komplexe Natur des wirtschaftlichen Geschehens und unser begrenzter Kenntnisstand es nicht erlauben, die alternativen Abläufe und die Folgen der verschiedenen Empfehlungen hinreichend präzise zu beschreiben und die Folgen für die Begünstigten und die Benachteiligten objektiv zu quantifizieren. So vermengen sich

Schätzurteile und Werturteile. Für den Diskurs ist es nach meinem Dafürhalten notwendig, daß man andere über die mögliche Wertbezogenheit des eigenen Urteils nicht hinwegtäuscht, also nicht mögelt. Aber noch setzt man sich dem Ideologieverdacht aus, wenn man offen erklärt, von welchem Standpunkt im Wertesystem die alternativen wirtschaftlichen Perspektiven, die man aufzeigt, gesehen wurden und zu sehen sind. Vieles, was sich als objektive Wissenschaft präsentiert, hat subjektive Komponenten. Aber es gibt unter Fachvertretern neben Unterschieden viel Konsens, seit dem Scheitern des Sozialismus mehr als früher.

8. Die Verantwortung, die der Wirtschaftswissenschaftler als Person trägt, wird wesentlich erleichtert dadurch, daß es keine (natürlichen) Meinungsmonopole mehr gibt, zumindest nicht in fortgeschrittenen westlichen Ländern. In der polypolistischen Konkurrenz auf dem Markt der Ideen sind die Chancen oder Risiken der »self-fulfilling prophecy«, der Gesundheitsbeterei oder auch nur eines kurzfristigen Wissensvorsprungs gering.

9. Es gibt fast keinen geheimen Rat mehr, beinahe nur noch offenen. Der Sachverständigenrat muß die Jahreshgutachten veröffentlichen; die Wirtschaftsforschungsinstitute verhalten sich ähnlich. Wer seinen Rat anbringen will, muß sich verständlich machen, darf auch den Weg über die Medien nicht scheuen. Vielleicht ist hier die Wissenschaft gegenüber organisierten Interessengruppen im Nachteil. Zumindest die elektronischen Medien eignen sich nicht zur Präsentation komplexer Zusammenhänge. Es dominiert das Denken in verkürzten Kausalketten, sofern nicht überhaupt nur Zustände abgebildet werden. Statt über die positiven Wirkungen einer Therapie erfahren die Zuschauer viel über den Schmerz und Protest der Betroffenen. Ökonomen, die auf die längerfristig wirkenden Kräfte der Regeneration setzen, gelten als kaltherzige Menschenverächter. Man sagt ihnen nach, sie kennten den Preis von allem und den Wert von nichts. Politiker, die auf Stimmenfang bedacht sind, dürften sich in ihrer Nähe nicht wohl fühlen. Doch politischer Populismus kann zu Politikverdrossenheit führen. Dann mag der Wirtschafts-

wissenschaftler mehr Gehör finden oder sogar – wie derzeit in Italien – als Nothelfer direkt in die politische Verantwortung gerufen werden. Wenn es Politikern ins Konzept paßt und sie sich schon entschieden haben, begrüßen sie unterstützende Gutachten oft als wichtige Entscheidungshilfe. Doch ändert dies nichts daran, daß die Gesellschaft offener wird und die Wirtschaftswissenschaft mehr gehalten ist, zur Meinungsbildung in der Öffentlichkeit aufklärend beizutragen.

10. Die Märkte sind heute – dank der niedrigen Kommunikationskosten – sehr hellhörig und gewitzt. Den Finanzmärkten durch Wissensvorsprung zuvorkommen ist – anders als noch zur Zeit von Keynes – fast unmöglich, beinahe nur noch Glücksache. Damit verschiebt sich der komparative Vorteil von Wissenschaft auf der Zeitachse – hin zu den längerfristigen Strukturproblemen. Hier wirken Gesetzmäßigkeiten, die die Hochlohnländer dazu zwingen, den Aufholländern, die ihnen auf den Fersen sind, durch Prozeßinnovationen (zur Kostensenkung) und Produktinnovationen (zum Gewinnen neuer Märkte) davonzueilen. Außerdem gibt es einen wachstumsbedingten Strukturwandel zugunsten des modernen Dienstleistungssektors und der Beschäftigung von kenntnisreichen Menschen (»Humankapital«). Entsprechend verschlechtern sich auf dem Standort Deutschland die Chancen für die Herstellung vieler traditioneller Erzeugnisse. Es gibt Unternehmen, die die diesbezüglichen Studien und Projektionen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft in den frühen siebziger Jahren beachtet und zu ihrem Vorteil ernstgenommen haben, etwa in der Stahlindustrie, während andere Unternehmen durch Ignorieren und Unterlassen in die Stahlkrise geraten sind. In der Textilindustrie haben solche Studien zunächst heftige Proteste ausgelöst. Denn sie veranlaßten – ganz richtig – die Banken zur Vorsicht bei der Kreditgewährung. Inzwischen sind viele Arbeitsplätze dieser Branche in die Aufholländer abgewandert. (Was aber wäre gewesen, wenn wir etwas Falsches vorausgesagt hätten?)

11. Es steht nun inzwischen die Problematik des Industriestandorts

Deutschland ganz oben auf der Tagesordnung der wirtschaftspolitischen Debatte. Für die Zukunft gibt es Grund zu der Vermutung, daß sich die Erwerbchancen vieler Arbeitskräfte hierzulande dramatisch verschlechtern werden, wenn sich mehr und mehr Länder nicht nur in Fernost (China), sondern auch in Südasien (Indien, Pakistan) und erneut in Lateinamerika (Argentinien, Brasilien, Mexiko) voll in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung eingliedern, und zwar mit Arbeitskräften, die kaum weniger leistungsfähig sind, sich aber zu einem Bruchteil des hiesigen Lohnes anbieten. Ein ähnlicher Wettbewerbsdruck ist aus Mittel- und Osteuropa zu erwarten. Was kann geschehen, um eine Kollision der Interessen zu vermeiden? Welche Orientierungen brauchen die Märkte und die wirtschaftspolitischen Instanzen, damit die Gefahr eines verheerenden Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Deutschland abgewendet wird? Ob uns wohl das wirtschaftliche Schicksal der Weimarer Republik eine eindringliche Lehre sein wird?

12. Wirtschaftswissenschaft, die von der Öffentlichkeit finanziert wird, hat nach meinem Dafürhalten eine Bringschuld gegenüber der Öffentlichkeit. Hierüber besteht wohl eine stillschweigende Übereinkunft. Außer dem Warnen vor Fehlentwicklungen in der Zukunft gehört zu den Aufgaben das Aufdecken von Fehlern, die sich korrigieren lassen, und von Verbesserungsmöglichkeiten allgemein. Wir sprechen von Marktversagen und Politikversagen, identifizieren aber auch Fälle von Verwaltungs- und Bürokratieversagen und von Fehlentscheidungen der Tarifvertragsparteien auf dem Arbeitsmarkt (Organisationsversagen). Allgemein sind die Konsequenzen um so bedenklicher, je weniger die Kräfte der negativen Rückkopplung zur Wirkung gelangen. Mit diesem Satz soll nicht nur das Umweltproblem abgedeckt werden, über das viel zu sagen wäre. In letzter Instanz geht es auch um die Möglichkeit eines Wissenschaftsversagens. Wo sind wir blind infolge traditioneller Vorurteile und Tabus, wo sind wir geblendet von modischen Modellvorstellungen? Tröstlich ist es zu wissen, daß die Wirtschaftswissenschaft – ähnlich wie andere Disziplinen und vielleicht mehr noch – ein offenes System ist.